

Was die Preise in Österreich so aufbläht



Die Inflation in Österreich hält sich hartnäckig. Fast acht Prozent waren es im Jahr 2023. Für das Jahr 2024 werden vier Prozent vorhergesagt. Während viele andere Länder schon aufatmen können, ist die Inflationskrise für uns also noch nicht vorbei. Warum tut sich gerade Österreich so schwer? Wir prüfen drei Thesen.

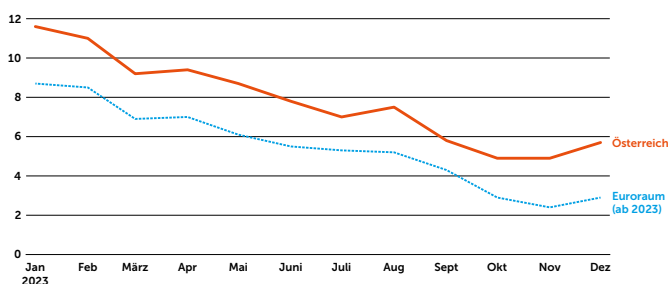
Als die Teuerungskrise vor zwei Jahren so richtig in Fahrt kam, war das für viele eine unangenehme Sache. Nicht nur wegen der hohen Preise. Sondern auch, weil es eine Inflation dieser Größenordnung in ihrer Gedankenwelt eigentlich gar nicht geben durfte. Wer vor galoppierenden Inflationsraten warnte, hatte in ihren Augen wahlweise ein veraltetes (oder gar kein) Verständnis des Geldsystems oder wurde von reichen Rädelsführern vorgeschickt, die in ihren Alpträumen schon die Flammen der Inflation an ihren Geldsäcken züngeln sahen.

Abseits des politischen Boulevards – wo man bald gierige Energieversorger, Vermieter und Gastwirte verantwortlich machte – war schnell klar, wie die unheilige Mischung aus lockerer Geldpolitik, stockenden Lieferketten, sprudelnden Staatsausgaben und Ukrainekrieg die Preise nach oben trieb. Und so, wie die Entstehung der Inflation nicht nur eine einzige Ursache hatte, ist auch die Frage gar nicht so einfach zu beantworten, warum sich Österreich derzeit bei der Inflationsbekämpfung so viel schwerer tut als andere Länder. Zwar steigen die Preise auch bei uns nicht mehr so schnell wie im Vorjahr; dennoch ist die Inflationsrate weiterhin höher als im Euroraum (siehe Abb. 1).¹

Abb. 1: Inflationsraten

Österreichs Inflationsrate weiterhin hoch

– Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) in Prozent zum Vorjahresmonat, 2023



Quelle: Eurostat.



¹ Der harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) macht die Preismessung in Europa vergleichbar. Er wird hier durchgehend verwendet, wenn von Inflationsraten die Rede ist.

Was läuft falsch? Hätten wir vielleicht doch ein bisschen an den Preisen herumschrauben sollen, wie so viele das forderten? Oder ist das vielleicht alles ganz normal, weil Österreich eben ein Tourismusland ist?

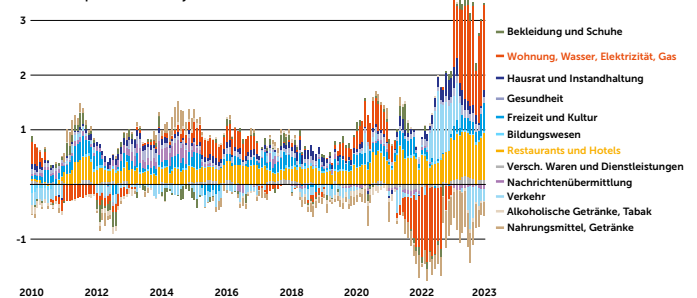
Ein Rückblick

Etwas höher als im Euroraum war die Inflation in Österreich schon lange (siehe Abb. 2). Und gehörigen Anteil daran hatte in der Tat der Tourismussektor. Den typischen Österreicher störte das nur einmal im Jahr bei der Bestellung des Skipasses für den Arlberg; ansonsten war es eher zu begrüßen, dass Deutsche und Niederländer jedes Jahr ein bisschen mehr Geld ins Land trugen. Die Teuerung war insgesamt niedrig, deshalb war es egal.

Abb. 2: Inflationsdifferential

Energie und Dienstleistungen treiben das Inflationsdifferential zur Eurozone

– in Prozentpunkten zum Vorjahresmonat



Quelle: IHS, Eurostat.
Lesebeispiel: Im Dezember 2023 war die Inflationsrate in Österreich um 2,7 Prozentpunkte höher als in der Eurozone. Fast die Hälfte davon entfiel auf den Bereich Wohnen und Energie. Nahrungsmittel haben die Differenz verringert, da sie sich hierzulande etwas weniger stark verteuerten als im Euroraum (EA-20, ab 2023).



Das änderte sich, als vor zwei Jahren alle Preise plötzlich nach oben schossen. Aus heutiger Sicht interessant: Ausgerechnet Wohnen und Energie (orange) wirkten damals im Ländervergleich deutlich dämpfend. Grund dafür war, dass viele Haushalte langfristige Fixpreisverträge bei ihren Energieversorgern hatten und dass die regulierten Mieten erst zeitverzögert ab Mitte des Jahres 2022 angepasst wurden. Erst seit dem letzten Jahr erklärt dieser Bereich einen großen Teil des Abstands zur Eurozone (Inflationsdifferential). Auch interessant: Die Preisentwicklung bei Lebensmitteln (beige) hat die Lücke die ganze Zeit über eher geschmälert als vergrößert.

Sogar die temporären Antiteuerungsmaßnahmen anderer Länder lassen sich in der Grafik erspähen: Im Jahr 2022 erhöhten die Spritpreiskontrollen im Ausland (zu sehen im Verkehrssektor, hellblau) den Abstand zwischen Österreich und der Eurozone. Seit dem Auslaufen dieser Programme im Jahr 2023 trägt der Verkehrssektor sogar wieder zu einer Verringerung der Lücke bei. Umgekehrt verhält es sich mit der Mietpreisregulierung.

lierung und den fixen Energieverträgen in Österreich. Zwischen zwei Erhöhungen können diese ebenfalls als temporäre Antiteuerungsmaßnahmen verstanden werden. Bis Ende 2022 hielten sie den Deckel auf dem Differential; dann kam das böse Erwachen.

These 1: Österreich ist einfach anders

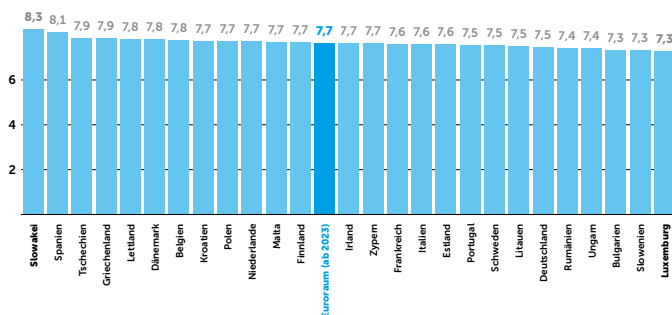
Dass der österreichische Restaurant- und Hotelsektor sowohl zur Teuerung im Land (derzeit mit rund 1,5 Prozentpunkten) als auch zum Inflationsdifferential zur Eurozone (derzeit mit rund 0,9 Prozentpunkten) beiträgt, haben wir in Abbildung 2 schon gesehen. Doch was heißt „beiträgt“? Steigen die Preise in diesem Sektor von Natur aus stärker, sodass jedes Land mit einem starken Gastrosektor eine höhere Inflationsrate ausweisen würde? Oder steigen die Preise in der österreichischen Beherbergungsbranche stärker als andernorts?

Sorry, Gastwirte: Die Preiserhöhungen sind schon nicht ganz unbeteiligt. Würden die Preise nicht nach oben klettern, dann könnte auch die hohe Gewichtung nichts ausrichten. Die von der Politik oft vorgebrachte Beschwichtigung, dass ein starkes Tourismusland wie Österreich quasi von Natur aus höhere Teuerungsraten habe, reicht nicht aus. Zumindest nicht, soweit sie im harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) abgebildet sind. Abbildung 3 zeigt, wie (a) die Jahresinflationsrate 2023 ausgesehen hätte, wenn wir die Gewichtung anderer Länder gehabt hätten; umgekehrt verdeutlicht Abbildung 4, wie hoch (b) die Teuerung in anderen Ländern gewesen wäre, wenn wir ihnen unsere Gewichtung übergestülpt hätten.

Abb. 3: Neue Gewichte für Österreich

(a) Österreich bekommt andere Gewichte

– wie hoch die Inflation im Jahr 2023 mit dem Gewicht des jeweiligen Landes gewesen wäre, in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen, Eurostat.
Anmerkung: Die tatsächliche Inflationsrate (HVPI) in Österreich im Jahr 2023 betrug 7,7 Prozent.

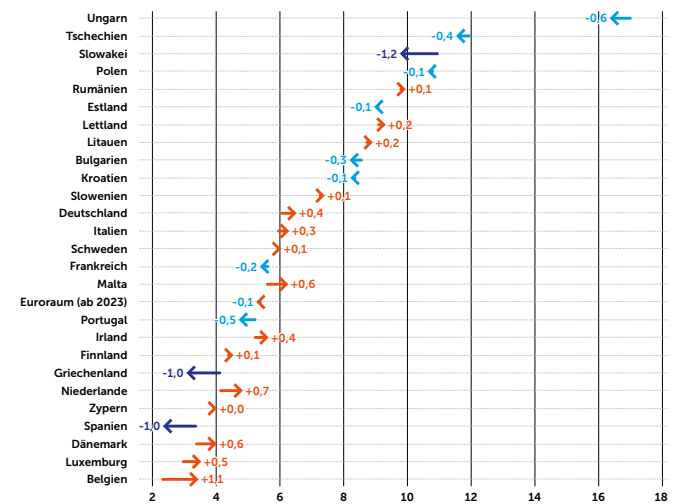
Wie Sie sehen, sehen Sie nichts. Hätten wir die Gewichte der Slowaken oder Spanier gehabt, dann wäre die Inflation im letzten Jahr sogar noch höher ausgefallen. Eine Differenz zur Eurozone existiert praktisch nicht. Der Grund ist einfach: Der Hauptunterschied zwischen uns und der Eurozone besteht darin, dass wir ein um mehr als fünf Prozentpunkte höheres Gewicht bei Bewirtung und Hotellerie haben. Da auch Österreicher aber nur einen Magen haben, ist die Gewichtung bei Lebensmitteln entsprechend geringer. Da beide Sektoren bei uns in ähnlichem Umfang teurer geworden sind, ergibt sich am Ende keine große Differenz.

Umgekehrt hätte sich der HVPI auch in anderen Ländern nicht nennenswert anders entwickelt, wenn sie unsere Gewichte gehabt hätten; die Extreme sind Spanien, Griechenland und die Slowakei, wo die Inflation jeweils sogar um einen Prozentpunkt niedriger gewesen wäre. Belgien wäre dagegen schlechter weggekommen.

Abb. 4: Österreichische Gewichte für andere Länder

(b) Andere Länder bekommen die österreichischen Gewichte

– wie hoch die Inflation im Jahr 2023 in den jeweiligen Ländern gewesen wäre, wenn die Gewichtung so gewesen wäre wie in Österreich, Differenz in Prozentpunkten



Quelle: Eigene Berechnungen, Eurostat.

An der Gewichtung allein liegt es also nicht. Vielmehr ist es das Zusammenspiel aus Gewichtung und Preisentwicklung, die im Tourismus in kaum einem Land in Europa so ungünstig auf die Inflationsrate wirkt wie hierzulande. Dass die Gastropreise in Österreich stärker gestiegen sind als im Euroraum, hat natürlich seine Gründe: Wintertourismus ist energieintensiv, was inmitten einer Energiekrise nur mit höheren Preisen machbar ist. Der Arbeitskräftemangel in Österreich ist im Dienstleistungssektor besonders groß und verteuert die Arbeit. Hinzu kommen die gestiegenen Zinsen, die

den kapitalintensiven Tourismus besonders treffen, und deutliche Preiszuwächse bei den verarbeiteten Vorprodukten. Zum Glück haben die großzügigen Hilfsprogramme in ganz Europa die Urlaubskassen der Touristen prall gefüllt. Und auch die Einheimischen wurden gut gepolstert und gehen traditionell gern ins Gasthaus. Alles das hilft bei der Durchsetzung höherer Preise.

Übrigens: Auch dass die Statistikbehörden die österreichische Gastronomiegewichtung seit 2022 wieder deutlich angehoben haben, nachdem sie während der Corona-Lockdowns abgesenkt worden war, trägt zur Erklärung nicht viel bei.

These 2: Die Geldpolitik der EZB ist für Österreich immer noch expansiv

Es war immer klar, dass die Eurozone kein optimaler Währungsraum ist. Zwar wird unter Ökonomen trefflich darüber gestritten, wie ein solcher denn aussehen müsste und ob es in der Realität je einen Währungsraum gab, der auch nur annähernd „optimal“ war. Doch unstrittig ist wohl, dass die Zinsentscheidungen der Europäischen Zentralbank (EZB) in den seltensten Fällen für Finnland genauso richtig sein können wie für Zypern. Ausschlaggebend ist nämlich nicht der nominale, sondern der reale Zinssatz. Derselbe Satz kann in Ländern mit moderater Inflation dämpfend, in solchen mit hoher Inflation aber weiterhin expansiv wirken.

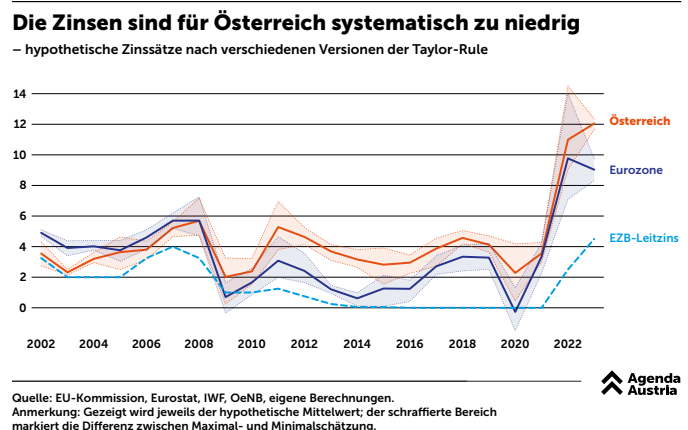
Nun zählte Österreich bekanntermaßen in den letzten Monaten zu den Ländern mit den höchsten Inflationsraten im Euroraum. Um zu analysieren, ob der aktuelle EZB-Zinssatz dazu beiträgt, braucht es ein adäquates Maß dafür, was denn der theoretisch „richtige“ Zinssatz für Österreich wäre. Die EZB selbst trifft ihre Zinsentscheidungen nämlich durch Abstimmung der teilnehmenden Gouverneure; sie folgt keiner deterministischen Regel.

Eine solche könnte zum Beispiel die sogenannte Taylor-Regel sein.² Sie kann als eine Art Fieberthermometer einer Volkswirtschaft beschrieben werden. Ist der Taylor-Zins höher als der tatsächliche Leitzinssatz,

dann zeigt er Überhitzungstendenzen an und würde eine Erhöhung der Zinsen nahelegen. Passiert das nicht, dann zeigt die Fachliteratur recht einhellig, dass sich das in höherem Inflationsdruck, höheren außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten oder Kreditblasen mit anschließenden Finanzkrisen niederschlägt.³

Die eine Formel für den Taylor-Zinssatz gibt es jedoch nicht. Man berechnet meist mehrere Varianten und arbeitet dann mit Bandbreiten. Der deutsche Sachverständigenrat sah den notwendigen Taylor-Zins für den Euroraum Ende 2023 zwischen vier und sagenhaften acht Prozent.⁴ Es schwindelt einen, wenn man bedenkt, dass die österreichische Jahresinflation deutlich höher ist als jene im Euroraum und der Taylor-Zinssatz daher noch höher liegen müsste. Unsere Berechnungen würden ihn schon seit 2022 bei über zehn Prozent sehen (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Taylor-Regel



Für bare Münze nimmt diese Zahlen kein Ökonom. Auch wir nicht. Würde man Christine Lagarde sagen, der „korrekte“ Leitzins liege auch in der Eurozone nahe zehn Prozent, würde ihre Wertschätzung für unser Fach wohl noch weiter sinken. Doch in jedem Fall zeigen die Berechnungen, dass der EZB-Zinssatz für Österreich aktuell – und eigentlich schon seit vielen Jahren – in der Tat zu niedrig ist. Er wirkt hierzulande daher nicht preisdämpfend, sondern weiterhin expansiv. Die realen Kreditzinsen sind nach wie vor zu niedrig, die realen Sparzinsen auch. Es wird daher weiter zu viel investiert und zu viel konsumiert.

² Taylor (1993) argumentierte, dass der Zinssatz vor allem von der Inflationslücke – also der Differenz zwischen aktueller Inflation und dem Inflationsziel – sowie der aktuellen konjunkturellen Situation abhängt. Die Konjunktur wird üblicherweise anhand der Output-Gap – also der Lücke zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und dem zu schätzenden, potenziellen BIP – gemessen. Über einen Gewichtungssparameter wird berücksichtigt, wie stark eine Zentralbank diese beiden Ziele priorisiert.

³ Taylor (2007) machte die US-Notenbank mitverantwortlich dafür, dass sich in den USA eine massive Immobilienblase bilden konnte, die durch ihr Platzen die große Finanzkrise ab 2008 erst ausgelöst hatte. Auch andere Wirtschaftsforscher haben einen klaren Zusammenhang zwischen lockerer Geldpolitik und Vermögenspreisblasen mit anschließenden Finanzkrisen festgestellt (vgl. z. B. Brunnermeier & Schnabel, 2015).

⁴ Sachverständigenrat (2023).

These 3: Der Staat steht auf dem Gas, während die EZB auf der Bremse steht

Christine Lagarde hält mit ihren Wünschen an die Hauptstädte Europas nicht hinter dem Berg. In der Coronakrise wünschte sie sich höhere Staatsausgaben, um die lockere Geldpolitik der EZB zu komplementieren. Die nationalen Regierungen gehorchten. Nur wenig später bat sie, die Staatsausgaben doch bitte treffsicherer zu gestalten und die Schuldenstände wieder zurückzufahren. Die nationalen Regierungen gehorchten nicht.

Der Sinneswandel Lagardes ist aber nur zu verständlich. Hohe schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme machen nämlich ihre Arbeit auf zweierlei Weise schwieriger: Erstens treiben sie die Nachfrage; wenn das Angebot nicht Schritt halten kann, steigen die Preise. Und zweitens kann sie ihren Job nicht mehr erledigen, wenn sie fürchten muss, dass Euroländer unter einer wachsenden Zinslast reihenweise kollabieren würden (man nennt dieses Phänomen fiskalische Dominanz).

Was sagt nun die Fachliteratur zum Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und Inflation? In einer umfangreichen Arbeit des Internationalen Währungsfonds⁵ wird der Zusammenhang zwischen fiskalischen Schocks und der Inflationsrate für 139 Länder über den Zeitraum von 1970 bis 2021 untersucht. Die Autoren finden, dass ein Ausgabenchock – definiert als plötzlicher, deutlicher Anstieg der staatlichen Defizitquote – die Inflationsrate im darauffolgenden Jahr signifikant erhöht. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Lebensmittel) steigt sogar noch stärker.

Der Effekt fällt zwar in hoch entwickelten und moderat verschuldeten Ländern schwächer aus, doch der Mechanismus ist unstrittig: Höhere Staatsausgaben ziehen höhere Inflationsraten nach sich. Ausreden und mildernde Umstände lassen die Autoren nicht gelten – ihren Aufsatz haben sie mit „It’s Never Different“ betitelt. Völlig neu sind die Erkenntnisse indes nicht; andere Studien gelangen regelmäßig zu ähnlichen Schlüssen⁶ und warnten früh, dass die Corona-Hilfspakete eine Inflationskrise nach sich ziehen könnten.⁷

Vor diesem Hintergrund ist es fatal, dass Österreich gerade in der Coronakrise deutlich überzogen hat. Stolz

verkündete die Politik, dass man bei den Pro-Kopf-Förderungen EU-weit den ersten Platz belegte.⁸ Die Hilfen flossen kräftig; vor allem die Kurzarbeit kostete Milliarden. Das österreichische Budgetdefizit lag im Jahr 2020 bei satten acht Prozent. Bedenkt man, dass Österreich noch 2019 einen der seltenen Budgetüberschüsse in Höhe von 0,6 Prozent erzielt hatte, dann erhöhte sich das Budgetdefizit innerhalb eines Jahres um fast neun Prozentpunkte (siehe Abb. 6). Nur in Italien lag der fiskalische Schock noch weiter außerhalb der langjährigen Schwankungsbreite. Dort musste der Staat stärker einspringen, weil die erste Coronawelle mit besonderer Gewalt wütete und sogar die Industrie zu Produktionsstopps gezwungen wurde.

Abb. 6: Budgetdefizite

Corona schockt Staatshaushalte im Euroraum

– Budgetdefizite (in Prozent des Bruttoinlandsprodukts), absteigend sortiert nach Differenz 2019–2020



Quelle: Europäische Kommission.



Aus der IWF-Studie nun unmittelbar abzulesen, um wie viel niedriger die österreichische Inflationsrate ohne den Ausgabenrausch gewesen wäre, funktioniert aber nicht. Man kann den Durchschnittseffekt nicht einfach umlegen, denn auch andere Faktoren können die Inflationsrate beeinflussen; außerdem ist Österreich ein sehr kleines Land und kann auch durch den Konsum anderer Länder angeschoben oder gebremst werden.

Mit den Details hat man sich erst jüngst am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) beschäftigt. Die Studie⁹ zeigt, dass die österreichische „Überinflation“ hausgemachte und importierte Anteile

⁵ Cevik & Miryugin (2023).

⁶ Vgl. z. B. Banerjee et al. (2022).

⁷ Vgl. z. B. Bordo & Levy (2020).

⁸ Köppl-Turyna et al. (2021).

⁹ Schiman-Vukan (2023).

le hat. Österreichische Nachfrageschocks machten im Jahr 2020 mehr als einen halben Prozentpunkt der Inflation aus; das klingt wenig, aber im Jahresmittel betrug sie damals insgesamt nur 1,4 Prozent. Die Winter-Lockdowns 2020/21 gerieten härter als andernorts und wirkten als negative Nachfrageschocks; die Leute blieben mit ihren Ersparnissen zu Hause und dämpften damit die Inflation auf ein Niveau unterhalb der Eurozone. Mit dem Frühlingserwachen 2021 brachen dann alle Dämme. Das viele Geld wollte den Besitzer wechseln. Die Österreicher trugen ihr Geld auch zu den Gastwirten (siehe These 1). Die Sparquote der privaten Haushalte stürzte innerhalb nur eines Jahres von knapp 16 Prozent zeitweilig auf ihr Vorkrisenniveau von rund acht Prozent.

Als die Inflation dann kam, blieb die österreichische Politik bei ihrem bewährten Mittel und gab Geld aus. Bald stand man im EU-Vergleich – wie schon während der Coronakrise – wieder ganz weit oben. In der WIFO-Studie wird gefolgert, dass das Wiederauftreten des Inflationsdifferentials ab Ende 2022 im Wesentlichen heimische Ursachen hatte. Ab 2023 waren es jedoch vermehrt auch externe Faktoren, da die sinkenden Energiepreise bei uns weniger schnell durchschlugen und nun wieder zahlungskräftige Touristen nach Österreich strömten.

Die Inflationsraten werden weiter sinken; auch das Differential zur Eurozone wird wieder abnehmen. Auf eine echte Entspannung ist aber erst 2025 zu hoffen.

Fazit und Ausblick

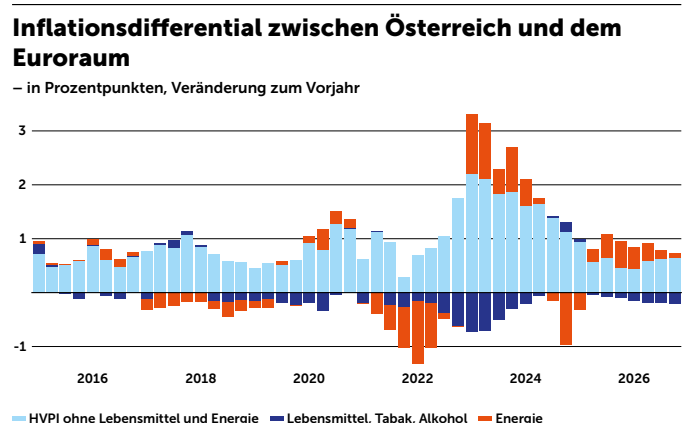
Wie gesagt: Die eine schnelle und befriedigende Antwort auf die Frage, warum wir eine spürbar höhere Inflationsrate haben als der Euroraum, gibt es nicht. Das Zusammenspiel der expansiven Geldpolitik der EZB und der sehr expansiven Fiskalpolitik hierzulande hat jedenfalls einen wesentlichen Beitrag geleistet. Hinzu kommen österreichische Eigenheiten, wie der traditionell schwach ausgeprägte Wettbewerb und der starke Preisauftrieb in einzelnen Sektoren, der wiederum durch den starken Arbeitskräftemangel und die hohe Kaufkraft angefacht wurde. Denn die üppigen Hilfspgelder schlagen sich in höheren Preisen nieder, und am Ende zeigen wir dann mit dem Finger auf die Gastwirte,

die diese an ihre Tafeln schreiben müssen. Dass wir einfach nur Pech mit dem Warenkorb gehabt hätten und alles nur eine Art statistisches Phänomen sei, konnten wir immerhin ausschließen. Mit jedem beliebigen Warenkorb Europas wäre die Teuerung bei uns ebenfalls hoch gewesen, weil – wer hätte es gedacht – die Preise bei uns stärker steigen als andernorts.

Inflation hört nicht von allein auf. Fragen Sie mal in der Türkei oder in Argentinien nach. Natürlich haben die Notenbanken inzwischen reagiert und die Angebotsengpässe von 2021 sind ebenfalls weitgehend behoben. Wenn die Handelsroute durch den Suez-Kanal infolge der jüngsten Terrorakte der Huthi-Miliz nicht dauerhaft unpassierbar bleibt, dann zeigt die Prognose nun immerhin in die richtige Richtung (vgl. Abb. 7). Die Inflationsraten werden weiter sinken; auch das Differential zur Eurozone wird wieder abnehmen. Vorausgesetzt natürlich, die EZB lässt sich nicht zu allzu kräftigen Zinssenkungen drängen; gerade für uns wäre das viel zu früh.

Auf eine echte Entspannung ist aber erst 2025 zu hoffen. Zur Erinnerung: Wir sprechen auch dann weiterhin nicht von sinkenden Preisen; dafür bräuchte es die von vielen gefürchtete Deflation. Mit dem Auslaufen der Strompreispbremse werden die Energiepreise sogar noch einmal anziehen. Temporäre Antiteuerungspakete. War da was?

Abb. 7: Prognose



Quelle: Eigene Berechnungen, EZB, IHS, Eurostat, OeNB.
Anmerkung: EA-20 Euroraum (ab 2023). Prognose ab Q1/2024.

Handlungsempfehlungen

Keine neuen Wahlzuckerl

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Politik durch ihr großzügiges Handeln die Teuerung unnötig befeuert. Selbstverständlich soll der Sozialstaat jedem Menschen in Not die finanziellen Ressourcen bereitstellen, die er benötigt. Aber glücklicherweise ist nicht jeder Österreicher notleidend. Auch wenn das im Wahlkampf unüblich ist, so muss die Politik (Regierung wie auch Opposition) ihrer Verantwortung gerecht werden und darf keine Wahlgeschenke mehr verteilen. Mit jedem schuldenfinanzierten Hilfseuro leistet die Regierung einen Beitrag zu steigenden Preisen.

Auch vor populären Eingriffen in die Preise ist dringend abzuraten. Preise haben eine wichtige Funktion. Diese abzuschalten, bekämpft nicht die Inflation, sondern versteckt sie nur. Und auch das nur im besten Fall. Eine Preisänderung hat nämlich immer einen Substitutionseffekt; die Konsumenten kaufen also mehr von einem verbilligten Gut als sonst oder geben die Ersparnis für etwas anderes aus und erhöhen den Preisdruck dort. Temporäre Preiseingriffe feuern außerdem irgendwann zurück – entweder geplant, wie in Deutschland, oder chaotisch, wie in Ungarn, wo man den Spritdeckel lüften musste, um der sich zuspitzenden Versorgungslage zu entkommen. Vielen Ländern steht das noch bevor, da sie in diesem Jahr ihre Eingriffe in den Energiemarkt auslaufen lassen müssen.

Mit jedem schuldenfinanzierten Hilfseuro leistet die Regierung einen Beitrag zu steigenden Preisen.

Ausgabenrausch in den Griff bekommen

Der Staat hat mit seinen massiven Ausgabensteigerungen in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, die Inflation anzuheizen. Die Ausgabenquote betrug 2022 in Relation zum BIP 53,2 Prozent – viereinhalb Prozentpunkte mehr als noch 2019. Eine Ausgabenbremse kann helfen, dieses Problem in den Griff zu bekommen. Ein Vorbild ist Schweden: Dort gibt es für den Bund und das Pensionssystem ein Überschussziel von einem Drittel Prozent in Relation zum BIP. Ein weiteres Vorbild ist die Schweiz, deren Bevölkerung sich 2001 mit einer überwältigenden Mehrheit für die Einführung einer Ausgabenbremse entschied. Der Mecha-

nismus ist denkbar einfach: Die Ausgaben dürfen die prognostizierten Einnahmen nicht überschreiten. Dabei werden die erwarteten Einnahmen um konjunkturelle Schwankungen bereinigt. In Zeiten wirtschaftlicher Hochphasen darf weniger ausgegeben werden, in Krisenzeiten ist die Politik aufgefordert, aktiv gegenzusteuern und mehr Geld auszugeben. Einzige Bedingung: Die Mehrausgaben müssen innerhalb einer festgelegten Frist von sechs Jahren wieder hereingespielt werden. Im Falle der auch in der Schweiz hohen Corona-Ausgaben wurde diese Frist auf 30 Jahre gestreckt.

Arbeitskosten senken

Nach zähen Lohnverhandlungen kommt es 2024 zu deutlichen Lohnerhöhungen. Diese werden den Preisen in Österreich weiter Auftrieb geben, wie auch die Nationalbank in ihrer Analyse festhielt.¹⁰ Wo die Löhne stärker steigen als die Preise der heimischen Unternehmen, werden die Preise angehoben werden müssen. Um dämpfend entgegenzuwirken, kann die Regierung die Abgaben auf Arbeit senken, den Anstieg der Arbeitskosten somit reduzieren und einer Lohn-Preis-Spirale entgegenwirken. Es gibt in Europa nur wenige Länder, in denen die Arbeitnehmer noch weniger von dem, was ihre Arbeitgeber für sie gezahlt haben, am Konto sehen als in Österreich. Die Finanzierung von Familienleistungen und Wohnbauförderung über die Lohnnebenkosten hierzulande ist ein Unikum. Diese Leistungen sollten stattdessen aus dem allgemeinen Budget finanziert werden, ohne dass neue Schulden gemacht werden.

Es gibt in Europa nur wenige Länder, in denen die Arbeitnehmer noch weniger von dem, was ihre Arbeitgeber für sie gezahlt haben, am Konto sehen als in Österreich.

Den Markt wirken lassen und den Wettbewerb stärken

Es gibt nichts, was Preise über einen längeren Zeitraum besser dämpft als lebendiger Wettbewerb. Statt Preise zu begrenzen, sollte die Regierung alles daran setzen, das Angebot zu erhöhen. Konkurrenz setzt die Anbieter unter Druck, mit niedrigeren Preisen um

¹⁰ Schneider & Stiglbauer (2022).

Konsumenten zu werben. Nebenbei entstehen dabei Innovation und effizientere Produktionsweisen. Während sich viele Unternehmen auf den globalen Märkten diesem Wettbewerb stellen, verhindert ihn die Politik in einigen Bereichen geradezu. Besonders im Energiebereich ist das der Fall, wo es die staatlichen Versorger in der Gaskrise verstanden haben, sich umfassend gegen Wettbewerb zu immunisieren.

Auch die Gewerbeordnung ist häufig ein Bremsklotz für den Wettbewerb. Die Zahl der reglementierten Gewerbe sollte beschränkt werden auf jene, von deren Ausübung tatsächlich Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt ausgehen können. Eine weitere Entlastung wäre ein Gewerbeschein für alle freien Gewerbe anstatt eines eigenen für jedes freie Gewerbe. Auch der Gebietsschutz bei Apotheken oder Notaren gehört überdacht, da er den Wettbewerb einschränkt und damit zu höheren Preisen für die Konsumenten führt.

Wo Konkurrenz fehlt, schleicht sich der Schlendrian ein, weil es nicht mehr nötig ist, sich stetig zu verbessern. Auch die Freigabe der strengen Ladenöffnungszeiten könnte den Wettbewerb erhöhen.

Freihandel leben

Auch wenn uns „Made in Austria“ natürlich in jeder Lage die beste Qualität beschert, so können Konsumenten auch von einem Produktangebot aus dem Ausland profitieren. In den letzten Jahrzehnten hat die Globalisierung durch Erweiterung des Angebots die Preise in Europa etwas weniger stark steigen lassen.¹¹ Seit einigen Jahren ist allerdings Sand im Getriebe. Mit Freihandel verbinden nur die wenigsten Österreicher Wohlstand und Leistbarkeit. Stattdessen wurden durch geschickte Kampagnen Horrorszenarien gestreut. Die hohe Inflation, gepaart mit den geopolitischen Herausforderungen, ist ein guter Anlass, den Freihandel wiederzubeleben. Zum Beispiel mit dem Abschluss neuer Handelsabkommen, allen voran mit den USA (TTIP) und den südamerikanischen Staaten (Mercosur).

Bei den Handelsschranken muss man aber gar nicht so weit reisen. Selbst innerhalb der Europäischen Union, die ja eigentlich ein vollständiger Binnenmarkt sein sollte, gibt es noch Spielraum, den Wettbewerb zu stärken. Gerade bei Dienstleistungen fehlt es an einer länderübergreifenden Vergleichbarkeit von Qualifikationsstandards und entsprechender Nostrifizierung.

¹¹ EZB (2021).

Reduktion unnötiger Produktionskosten

Kosten entstehen den Unternehmen nicht nur durch steigende Vorleistungspreise und Löhne, sondern auch durch das Bewältigen der bürokratischen Vorgaben. Je mehr Mitarbeiter ihre Zeit mit Dokumentation und bürokratischen Handgriffen verschwenden, desto geringer ist der Mehrwert, den sie schaffen. Während die Politik gern und oft neue Vorgaben erlässt, leben auch überholte Vorschriften ewig weiter. Damit die Last nicht weiter steigt, sollte es verstärkt zum Abbau oder zumindest zur Vereinfachung und Verschlinkung bestehender Regeln kommen. Die geplante Umsetzung des EU-weiten Lieferkettengesetzes oder die Regelungen zur Nachhaltigkeits- und Gleichstellungsberichterstattung wären hier logische Kandidaten.

Literatur

- Banerjee, R., Bector, V., Mehrotra, A., Zampolli, F. (2022).** Fiscal Deficits and Inflation Risks: The Role of Fiscal and Monetary Regimes. BIS Working Papers No. 1028. Bank for International Settlements, Basel.
- Bordo, M., Levy, M. (2020).** Do Enlarged Fiscal Deficits Cause Inflation: The Historical Record. NBER Working Paper 28195.
- Brunnermeier, M. K., Schnabel, I. (2015).** Bubbles and Central Banks: Historical Perspectives. CEPR Discussion Paper No. DP10528.
- Cevik, S., Miryugin, F. (2023).** It's Never Different: Fiscal Policy Shocks and Inflation. IMF Working Paper No. 2023/098. Online verfügbar unter: <https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2023/05/12/Its-Never-Different-Fiscal-Policy-Shocks-and-Inflation-533309> (abgerufen am 22.01.2024).
- EZB (2021).** The implications of globalisation for the ECB monetary policy strategy. Occasional Paper Series No 263 / September 2021. Online verfügbar unter: <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecb.op263~9b56a71297.de.pdf?1dc36459e6b4e1e7aafeb3c186229acd> (abgerufen am 31.01.2024).
- Köppl-Turyna, M., Berger, J., Graf, N., Koch, P., Schwarzbauer, W., Strohner, L., Wolf, M. (2021).** COVID-19 Maßnahmen. Stand der Maßnahmenauszahlung und internationaler Vergleich von COVID-19 Stützungsmaßnahmen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bedeutung automatischer Stabilisatoren. EcoAustria, Wien.

Online verfügbar unter: <https://ecoaustria.ac.at/wp-content/uploads/2021/04/EcoAustria-Studie-2021-COVID-19-Massnahmen.pdf> (abgerufen am 22.01.2024).

Sachverständigenrat (2023). Wachstumsschwäche überwinden – In die Zukunft investieren. Jahresgutachten 2023/2024. Online verfügbar unter: https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202324/JG202324_Gesamtausgabe.pdf (abgerufen am 22.01.2024).

Schiman-Vukan, S. (2023). Austria's (Over)Inflation and Its Main Sources. WIFO Research Briefs 9.

Schneider, M., Stiglbauer, A. (2022). Inflation und Lohnverhandlungen. Online verfügbar unter: <https://www.oenb.at/dam/jcr:7d15df54-43e6-4077-b3f5-5d0cbca118af/202210-25-inflation-und-lohnverhandlungen.pdf> (abgerufen am 22.01.2024).

Taylor, J. B. (1993). Discretion versus Policy Rules in Practice. Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy 39, December, 195–214.

Taylor, J. B. (2007). Housing and Monetary Policy. NBER Working Paper 13682.

Eine wissenschaftliche Publikation der Agenda Austria

Herausgeber

Dr. Franz Schellhorn

Autoren

Dr. Jan Kluge

Dr. Dénes Kucsera

Mag. Hanno Lorenz

PD Dr. Gerhard Reitschuler

Carmen Tremel, MSc.

Lektorat

MMag.a Judith Kreiner

Infografiken

Ksenia Pogorelova, MA

Agenda Austria

Türkenstraße 25/1/10

1090 Wien

Österreich

T +43 1 361 99 61-0

office@agenda-austria.at